

Leena Simon
MEINE ADRESSE

ABGEORDNETER
ADRESSE

DATUM

Sehr geehrter HERR/FRAU NAME,

ich schreibe Ihnen heute, weil ich Sie mit Nachdruck darum bitten möchte, sich für eine Prüfung der Verfassungskonformität der AfD einzusetzen.

Unsere Demokratie ist wehrhaft angelegt. Das Grundgesetz sieht ausdrücklich vor, dass Parteien überprüft werden können, wenn begründete Zweifel an ihrer Verfassungstreue bestehen. Ein Prüfverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ist kein politischer Akt, sondern ein rechtsstaatliches Instrument zur Klärung – und genau diese Klärung fehlt derzeit.

Der anhaltende Schwebezustand schafft Rechtsunsicherheit, die sich längst im öffentlichen Leben bemerkbar macht. Schulen, Talkshows, öffentlich finanzierte Einrichtungen und Medien stehen vor der Frage, ob sie die Partei wie jede andere behandeln müssen, obwohl verfassungsrechtliche Zweifel im Raum stehen. Diese Unsicherheit verzerrt Debatten und untergräbt klare demokratische Maßstäbe. Noch gravierender: Wahlen sind der Kern demokratischer Legitimation. Es darf nicht offenbleiben, ob Parteien auf dem Wahlzettel verfassungskonform sind. Eine Wahl sollte unter eindeutigen rechtsstaatlichen Bedingungen stattfinden.

Ein Prüfverfahren bedeutet keine Vorverurteilung. Im Gegenteil: Auch eine gerichtliche Feststellung der Verfassungskonformität wäre ein Gewinn. Sie würde zeigen, dass unser Rechtsstaat funktioniert und politische Konflikte nicht durch bloße Mehrheiten, sondern durch unabhängige Gerichte entschieden werden.

Zudem kennt das Grundgesetz differenzierte Antworten. Ein Parteiverbot ist nicht die einzige Möglichkeit; auch abgestufte Maßnahmen wie der Ausschluss staatlicher Parteienfinanzierung sind vorgesehen. Es geht nicht um parteipolitische Opportunität, sondern um die Anwendung der Mechanismen, die unsere Verfassung selbst geschaffen hat.

Diese Rechtsunsicherheit muss endlich beendet werden. Und zwar rechtzeitig vor der nächsten Wahl. Die Frage der Verfassungstreue ist eine juristische, keine politische. Sie gehört vor Gericht, und sie gehört jetzt geklärt.

Besonders in Zeiten, in denen ein Blick in die Weltpolitik das Vertrauen in demokratische und rechtsstaatliche Prozesse schwächt, muss die deutsche Politik zeigen, dass unsere Demokratie stark ist und die grundgesetzlich verbrieften Lehren aus dem Nationalsozialismus auch greifen.

Es ist nicht Ihre Aufgabe zu entscheiden, ob die AfD verboten werden muss. Aber es ist Ihre Aufgabe die Prüfung jetzt auf den Weg zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen,

Leena Simon

Adressiert an:

Mario Czaja
Hönower Str. 67
12623 Berlin

Jens Spahn
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Julia Klöckner
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Christoph Bergner
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Sabine Weiss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Stefan Evers
Klosterstraße 59
10179 Berlin